Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1580. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 146. Sonnabend, 25. Juni 1927, abends. 80. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Gewährter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Stresemanns Echo.

Die politische Rede eines Staatsmannes erhält ihre Bedeutung, ihre Durchschlagskraft, ihren Zweck und ihr Ziel nur durch das Echo, das ihr zuteil wird. Wenn man also die politische Bedeutung der Rede des deutschen Reichsaußenministers im Reichstag nachprüfen will, so hat man sich in der Hauptsache nur an den Widerhall zu halten, den sie überall in der Welt auslöste. Daß die Ausführungen Dr. Stresemanns in dem weitaus größten Teil der deutschen Oeffentlichkeit Anklang und Billigung fanden, war anzunehmen. Denn die Rede Stresemanns präzisierte in klarster Form den deutschen Standpunkt Locarno gegenüber, die deutsche Enttäuschung über das Versagen dieses Locarno, schließlich auch die deutsche Forderung, daß nun endlich mit realen Tatsachen angefangen werden müsse, wenn man den Glauben an den so oft zitierten Geist aus den sonnendurchglänzten Tagen der Orangenblüten nicht verlieren sollte. Aber schließlich ist auch das deutsche Echo der Stresemann-Rede für ihre politische Bedeutung nicht allzu erheblich. Nach Paris wandte sich Herr Stresemann, als er jüngst im Deutschen Reichstag seiner Enttäuschung über die ausgebliebenen Versprechungen mit so bitteren Worten Ausdruck gab. Nach Paris hat man also zu schauen, wenn man feststellen will, welche Wirkungen die letzte Rede des Außenministers zu zeitigen vermochte.

Der Pariser Pressewald spiegelt das alte Bild. In den Links-Blättern der Seine-Hauptstadt ein nicht zu verkennendes Verständnis für die Logik Stresemanns. Ein Verständnis, das jedoch keineswegs allzu hoch bewertet werden kann, da es in der Hauptsache aus der innerparlamentarischen Opposition gegen Poincaré erwuchs, und diese Opposition wenigstens im Augenblick zahlenmäßig dem Poincaré bejahenden Teil Frankreichs unterlegen ist. Und dieser Poincaré bejahende Teil Frankreichs ist der offizielle. Hören wir, was seine Presse dem deutschen Außenminister zu antworten hat: Der „Gaulois", eine vielgelesene Pariser Rechts-Zeitung, fühlt sich zu der Feststellung gezwungen, die „ironischen Zwischenbemerkungen" Stresemanns geradezu als an „Unverschämtheit" streifend zu bezeichnen. Wenn dieses Blatt sich dann darüber aufregt, daß Dr. Stresemann der deutsch-französischen Annäherung die „bequeme" Formel gegeben habe: Weder Sieger noch Besiegte, so wollen wir an dieses Blatt die Frage stellen, welcher Begriff denn in Wahrheit Locarno unterlegt werden sollte, als die Herren am grünen Tisch sich gerührt in die Arme fielen und sich die Versicherung gaben, daß mit all den Ueberbleibseln der leidigen Kriegszeit ein restloses Ende gemacht werden müsse? Locarno kannte nicht den Begriff des Siegers und des Besiegten. Wenigstens nicht das Locarno, das wir unterschrieben. Anscheinend läßt die Pariser Rechts-Presse jetzt ein neues Locarno auferstehn. Ein französisches Locarno, das sich in keinem Punkt und in keinem Wesensstrich von dem Begriff scheiden will, den wir unter Versailles verstehen. Für dieses Locarno französischer Prägung, für diese „Verständigungspolitik" unduldsamen Sieger-Wahns, für diesen unbelehrbaren Poincaréismus haben wir kein Verständnis. Mag also der „Figaro" Stresemanns Rede „mehr widerlich wüst als heftig und frech einschmeichelnd" bezeichnen. Uns soll es recht sein. Denn es ist immer besser, wenn das offizielle Paris seine Maske fallen läßt, als wenn es die alte Komödie weiterspielt.

Zur Regierungsumbildung in Sachsen.

tfd. Dresden, 24. Juni. Zu der Regierungsumbildung bemerkt das Organ der Altsozialisten, „Der Volksstaat": „Das Kennzeichnende des Schrittes der ASP. in Sachsen (die Koalition mit den Deutschnationalen. D. R.) ist lediglich das: daß sie etwas früher das getan hat, was die SPD. später da und dort und unter entsprechenden Umständen eines Tages sicher auch noch tun wird. Wenn die SPD. es aus keinem anderen Grunde tut, so doch vielleicht aus dem, daß sie es eines Tages als unerträglich empfinden wird, die deutsche Politik auf alle Zeiten der unangefochtenen Diktatur des Zentrums zu überlassen .... Wenn die ASPS. darauf bestand, mit zwei Ministern im Kabinett vertreten zu sein, so tat sie es nicht aus Uebermut; sie wollte keineswegs den „Prestige-Standpunkt überspannen". Gerade die Außerordentlichkeit dessen, was sie unternahm, erheischte eine gewisse Rücksichtnahme auf die nun einmal vorhandenen Empfindungen und Auffassungen der Arbeiterschaft den Deutschnationalen gegenüber. Es mußte gewissermaßen zu sinnfälliger Anschauung gebracht werden, daß es sich bei dieser Regierungsumbildung nicht um einen „Sieg der Reaktion" handle, daß sich die ASPS. nicht „verräterischer Weise" zu einem „Anhängsel des Bürgerblocks entwürdige", sondern daß hier ein neuer politischer Gedanke um Anerkennung und Verwirklichung ringe ... Es ist ein Anfang; zu wünschen wäre es, daß dieses Vorbild überall im Reiche Schule machen möchte.

Das Reichsbeamtengesetz.

qu. Berlin. Das Reichsbeamtengesetz vom Jahre 1873 hat sich schon lange als reformbedürftig erwiesen. Aus diesem Grunde ist jetzt an zuständiger Stelle der **Entwurf eines neuen Reichsbeamtengesetzes ausgearbeitet** worden, der aber erst nach den Sommerferien dem Reichstag zugehen wird. Das neue Reichsbeamtengesetz soll übrigens mit dem zurzeit dem Reichstag vorliegenden neuen Dienststrafordnungsgesetz und das im Reichsrat zur Verhandlung stehende Gesetz über Beamtenvertretungen zu einem einheitlichen Gesetzswerk verbunden werden.

Das Ende der Regierungskrise in Sachsen.

Die neue sächsische Regierung.

tfd. Dresden, 24. Juni. Wie der Telunion-Sachsendienst aus amtlicher Quelle erfährt, ist nunmehr folgende Ministerliste aufgestellt worden:

Ministerpräsident Heldt (Altsoz.),
Minister des Innern (stellvertretender Ministerpräsident) Dr. Apelt (Dem.),
Volksbildungsminister Dr. Kaiser (DVP.),
Finanzminister Weber (Wirtsch.-Partei),
Wirtschaftsminister Dr. Krug v. Nidda (D.-N.), bisher Dr. Wilhelm (Wirtsch.-Partei),
Justizminister Dr. v. Funcetti (Volksr.-Partei), bisher Bünger (DVP.),
Arbeitsminister Elsner (Altsoz.).

Die definitive Ernennung durch den Ministerpräsidenten ist zwar zur Stunde noch nicht erfolgt, doch darf nach dem erfolgten Beschlusse der Deutschnationalen Landtagsfraktion, das Angebot des Ministerpräsidenten auf Besetzung des Wirtschaftsministeriums anzunehmen, noch heute das Ende der Regierungskrise durch Ernennung der obengenannten Minister erwartet werden.

Dr. Krug v. Nidda

wurde am 2. Juli 1860 in Dresden geboren und war seit dem Jahre 1896 im sächsischen Staatsdienst. 1908 wurde er Amtshauptmann von Dresden-Altstadt. Im Jahre 1909 wurde er als Vortragender Rat in das Ministerium des Innern berufen. Am 1. Oktober 1913 wurde er Kreishauptmann von Dresden und verließ sein Amt nach der Revolution. Von jeher hat er als einer der hervorragendsten hohen Staatsbeamten und als starke Persönlichkeit gegolten.

Die außenpolitische Debatte zu Ende geführt.

Ablehnung des kommunistischen Mißtrauensantrages gegen Dr. Stresemann.

vdz. Berlin, 24. Juni.

Die außenpolitische Debatte im Reichstag

wird fortgesetzt.

Abg. Graf Bernstorff (Dem.)

erklärt: Wir unterstützen die gegenwärtige Außenpolitik, auch wenn wir nicht in der Regierung vertreten sind. Wir dürfen nur dann Opposition machen, wenn von der heutigen auswärtigen Politik abgegangen würde. Für uns war die Erklärung Stresemanns eine große Beruhigung, daß sich die Beziehungen zwischen England und Rußland nicht mehr verschlechtern, sondern eher verbessern und daß wir in Genf beschwichtigend eingegriffen haben.

Für uns ist der Völkerbund die Grundlage der ganzen auswärtigen Politik. Wir sind gar nicht in der Lage, Machtpolitik zu treiben. Etwas anderes als Neutralität ist deshalb für uns gar nicht denkbar. Der alte Imperialismus führt gegenwärtig in China seine Rückzugsgefechte (Widerspruch bei den Komm.). Wir begrüßen auch die deutschen Bemühungen, den albanisch-jugoslawischen Konflikt zu lösen, und das Eintreten für die Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz. Daß militärische Sachverständige stets die Abrüstung sabotierten, ist nicht richtig. Ich kann bezeugen, daß wenigstens innerhalb der deutschen Delegation auf der Abrüstungskonferenz Militär und Zivil sich stets und vollkommen einig waren. Wir müssen noch einmal an die Weltöffentlichkeit appellieren, damit in jedem Lande die Regierungen stärker angetrieben werden, die große Aufgabe der Abrüstung endlich einen Schritt weiterzubringen. Das stärkste Hindernis ist die vielleicht unbegründete Furcht vor Rußland. Die Reichsregierung sollte deshalb der Sowjetregierung den freundschaftlichen Rat geben, an der Abrüstungskonferenz teilzunehmen und auch in den Völkerbund einzutreten. Ich verstehe nicht, wie man unseren Eintritt in die Kolonialmandatskommission bekämpfen kann. Ehe wir ein neues Kolonialreich bekommen, wird noch viel Wasser den Rhein hinablaufen. Wir müssen aber in der Kommission mitarbeiten, weil wir ein Interesse an der Stärkung des Völkerbundes haben. Die Rheinlandbesetzung ist nach allem, was geschehen ist, eine Unmöglichkeit. (Sehr wahr bei den Dem.)

Abg. D. Dr. Bredt (Wirtschaftl. Vgg.)

Wenn jetzt das Zentrum auch in die schärfere Trompete bläßt, wenn die Erklärung der Regierungsparteien von Herrn Kaas abgegeben wurde, so zeigt das, daß auch das Zentrum enttäuscht ist. In der Tat stehen wir an einem Wendepunkt in der Außenpolitik. Wir haben die großen Hoffnungen, die in diesem Hause vorherrschten wie in dem Umfange getellt. **Die Räumung des Ruhrgebiets haben wir erkauft mit der Annahme des Dawesplanes, die der ersten Zone mit dem Locarnovertrag.** Wir fürchten, daß auch die Räumung der zweiten Zone gekauft werden soll, und lehnen alle solche Verhandlungen ab.

Der Berliner Vertrag ist das ganz notwendige Korrektiv für unsere Mitwirkung im Völkerbund. Die deutschen Warnungen in Moskau wegen der Erschießungen scheinen mir nicht ganz angebracht, die Einmischung in Albanien sogar gefährlich. Die Erfüllung der von uns geforderten ungeheuren Reparationsleistungen wäre nur möglich bei einer Exportsteigerung, wie sie angesichts der Lage der Weltwirtschaft kaum denkbar erscheint. Die vollständige Rheinlandräumung muß selbstverständlich als notwendige Folge der Locarno-Abmachungen gefordert werden. Der Beitritt Deutschlands zur Kolonialmandatskommission hat für uns nur einen problematischen Wert. Einen Zweck hätte für uns nur eine wirkliche Siedlungskolonie, wie es Südwest-Afrika gewesen ist. Wir müssen die ganze Völkerbundspolitik von dem Gesichtspunkt aus betrachten, wie wir ein Völkerrecht vereinbaren können, daß den Deutschen in allen Ländern der Welt die freie Betätigungsmöglichkeit verschafft. **Bisher ist der Völkerbund kaum ein Staatenbund, sondern** höchstens ein Bund der Regierungen. Wir müssen versuchen einen wirklichen Bund der Völker zu schaffen, der den Deutschen ihr Recht in der Welt verschafft.

Von den Kommunisten ist inzwischen folgender

Mißtrauensantrag

eingegangen: **Der Reichsminister Dr. Stresemann besitzt nicht das Vertrauen des Reichstags.**

Abg. Graf zu Reventlow (Nat.-Soz.)

bezeichnet das Ergebnis der Genfer Verhandlungen als eine vollständige Niederlage Deutschlands. Die Entente habe ihre Politik nicht geändert. Sie habe Deutschland zwar in Locarno Phrasen gegeben, aber keine Gegenleistungen für die deutschen Opfer. Ein vertrauensvolles, gleichberechtigtes Arbeiten mit Frankreich sei einfach unmöglich. Es sei nicht zu bestreiten, daß in Genf eine Einheitsfront der Großmächte gegen Rußland gebildet worden sei, in die man Deutschland hineinzwingen wolle. Bei uns strebe die Außenpolitik vielmehr nach guten französischen Beziehungen als nach wirklich deutscher Politik.

Abg. Frau Golke (Ruth Fischer) (Linke Komm.)

führt u. a. aus, der latente Kriegszustand zwischen Rußland und England sei unverkennbar. Die beiden Sozialdemokraten Breitscheid und Stoecker (Große Heiterkeit) hätten gar kein Recht, den Deutschnationalen einen Vorwurf aus ihrem Umfall in der Locarnopolitik zu machen. Die Deutschnationalen sind klüger als Breitscheid (Heiterkeit) sonst hätten sie nicht die Machtposition, über die sie jetzt verfügen. Die Sozialdemokraten aber täuschen das Proletariat, wenn sie es so hinstellen, als sei in Genf irgend etwas für den Fortschritt zu erwarten. Selbstverständlich wird Deutschland in die Bundesgenossenschaft gegen Sowjetrußland gezwungen trotz aller anders lautenden Beteuerungen Stresemanns. Der jetzige Bürgerblock ist nur die Quittung für die durch die Sozialdemokraten verpfuschte Novemberrevolution.

Abg. v. Graefe (Völk.)

nennt es bezeichnend, daß die Deutschnationalen sich nicht durch einen eigenen Redner an der Debatte beteiligt haben. Sie fürchten sich wohl durch eine Billigung der Stresemann-Politik in Widerspruch zu setzen zu dem, was sie draußen im Lande predigen. Dr. Stresemann habe in Genf alle Trümpfe verspielt, die er in der Hand hatte. Starke Worte, wie gestern, habe Stresemann oft gebraucht, aber habe ihnen nie die Tat folgen lassen.

Abg. Dr. Korsch (Unabh. Komm.)

richtet Angriffe gegen die Sozialdemokraten wegen ihrer Verurteilung der Hinrichtungen in Moskau. Das sei ein berechtigter Notwehrakt Sowjetrußlands gewesen angesichts der Vorbereitung des Krieges der kapitalistischen Mächte gegen Rußland. Die Kommunisten hätten viele Fehler gemacht mit ihren falschen Prophezeiungen. Sie habe die Aufklärung des Proletariats über die wirkliche Lage ebenso gehindert, wie die Sozialdemokraten.

Damit schließt die Aussprache.

Der kommunistische Antrag gegen den Eintritt Deutschlands in die Kolonialmandatskommission wird abgelehnt.

Für das kommunistische Mißtrauensvotum gegen Minister Dr. Stresemann erheben sich nur die Kommunisten und Völkischen. Bei der Gegenprobe erheben sich alle Regierungsparteien, die Wirtschaftliche Vereinigung und die Demokraten. **Der Mißtrauensantrag ist also mit großer Mehrheit abgelehnt.**

Der demokratisch-sozialdemokratische Antrag auf Verlängerung des

Sperrgesetzes zur Fürstenabfindung

wird ohne Debatte dem Rechtsausschuß überwiesen.

Um 17½ Uhr vertagt sich das Haus auf **Montag, 15 Uhr.**

Auf der Tagesordnung stehen: Kriegsgerätegesetz, Pachtschutzordnung und kleinere Vorlagen.